



„Wir sind bereit!“ – Wozu und wann?

Dr. Klaus Olshausen

September 2025

Zusammenfassung

„Wir sind bereit“. Das bezieht sich auf Planungen von drei Maßnahmen für die Zeit nach einem Waffenstillstand oder gar Verhandlungen für einen Frieden: Die Ukraine abschreckungsfähig machen, Waffenstillstand oder Verhandlungsergebnisse mit internationalen Truppen als Stolperdraht absichern, und (fragwürdige) Sicherheitsgarantien unterhalb einer NATO-Mitgliedschaft zur Verteidigung der Ukraine vereinbaren. Hier wird der dritte Schritt geplant bevor man einen Waffenstillstand überhaupt durchgesetzt hat. Die Ausrüstung der Streitkräfte hätte man schon seit 2014, aber auch in den letzten drei Jahren massiv voranbringen können, hat es aber aus Sorge vor Eskalation nicht getan. Fazit auch der vergangenen Monate: Putin wird einem Waffenstillstand erst zustimmen, wenn er keine Chance mehr sieht, die Ukraine zu unterjochen.

„Wir sind bereit“ kann also nur umgesetzt werden, wenn Putin die Unwahrscheinlichkeit und zu hohe Kosten für eine Unterwerfung der Ukraine auf dem Gefechtsfeld und drastische Abnahme seiner Wirtschaftskraft erkennen und deshalb substanzielle Verhandlungen einräumen muss. Darauf sollten sich die Unterstützer der Ukraine jetzt konzentrieren.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

„Wir sind bereit!“ So kommentierten viele das Resultat des Treffens der Koalition der Willigen in Paris am 4. September. Das Treffen zur Unterstützung der Ukraine – auch nach einem Waffenstillstand oder einem Verhandlungsergebnis in Richtung Frieden – fand große Aufmerksamkeit. Dabei standen Fragen der Sicherheitsgarantien für die Ukraine im Vordergrund. Aus Sicht der Ukraine war es wichtig, dass deutlich stärkere und verbindliche Schritte angestrebt werden. Denn das Budapester Memorandum von 1994 und die Minsk II Vereinbarungen vom Februar 2015 konnten weder das Geschehen 2014 noch den jetzt schon vierjährigen Invasionskrieg Russlands verhindern.

Schon beim G7-Gipfeltreffen im Mai 2023 in Hiroshima und einem virtuellen G7-Treffen im Dezember 2023 wurden die Mitgliedstaaten und andere aufgefordert, ihre anhaltende Unterstützung der Ukraine durch bilaterale Sicherheitsverpflichtungen und -vereinbarungen zu stärken und zu verstetigen. Dieser Schritt konnte und kann nicht ersetzen, dass beim Gipfel der NATO in Vilnius 2023 keine Einladung der Ukraine zur Mitgliedschaft ausgesprochen wurde. Über 30 solche bilateralen Vereinbarungen hat die Ukraine inzwischen abgeschlossen.

Als Präsident Donald Trump mit dem Ziel, den Krieg zu beenden, Präsident Selenskyj ab Februar massiv drängte, einem „bedingungslosen Waffenstillstand“ zuzustimmen, war klar, dass die Ukraine für diesen Fall Garantien ihrer Partner brauchte, das Land bei einem Bruch durch Russland massiv zu unterstützen, ja zu verteidigen.

Da eine Mitgliedschaft der NATO ausblieb, musste nach anderen Wegen gesucht werden. Die wesentlich von Premierminister Keir Starmer und Präsident Emanuel Macron ins Leben gerufene Koalition der Willigen hatte anfangs vor allem das Ziel, eine europäische Kraft zu bündeln, um Präsident Trump zu beeindrucken und von ausschließlich zwischen ihm und Putin zu treffenden Entscheidungen abzuhalten. Dies scheint nach den Gesprächen mit Trump Mitte August im Weißen Haus und der Teilnahme des Sonderbeauftragten Witkoff am Treffen in Paris am 4. September erst einmal der Fall zu sein.

„Wir sind bereit!“ Diese Aussage bezog sich v.a. auf drei Ergebnisse der Besprechungen.

Erstens waren alle Teilnehmerstaaten (30 - 35) bereit, nach einem Waffenstillstand die Streitkräfte und die Gesamtverteidigung der Ukraine je nach der Leistungsfähigkeit ihrer Länder so auszustatten und auszubilden, dass die Ukraine eine wirksame und glaubwürdige Abschreckung gegen jeden erneuten Angriff Russlands ausüben kann.

Zweitens betonte Präsident Macron, dass 26 Staaten signalisiert haben, zur Absicherung eines Waffenstillstands oder Verhandlungsergebnisses mit eigenen Mitteln, nicht nur aber auch Truppen zu Lande, in der Luft oder auf dem Wasser bereitzustellen, um bei geringeren Verstößen schon internationale Mittel zur Abwehr einzusetzen und so die Abschreckung zu erhöhen.

Drittens muss das Thema einer glaubwürdigen Sicherheitsgarantie behandelt werden. Alle bilateralen Sicherheitsvereinbarungen – meist für 10 Jahre, die ca. 32 Staaten seit dem Frühjahr 2024 mit der Ukraine abgeschlossen haben, bleiben in diesem Punkt bei materieller Unterstützung und Ausbildung, wie sie sich in den letzten vier Jahren herausgebildet hat. Es ist auch nach einem Waffenstillstand kein Konsens für eine Einladung der Ukraine in die NATO zu erwarten.

Ein Ausweg könnte in bilateralen Abkommen zur Verteidigung der Ukraine liegen. Das ist aber nur eine theoretische Möglichkeit, da jedes Land für sich keine glaubwürdige Rückversicherung der Ukraine gewähren, aber v.a. keine wirksame Abschreckung Russlands erreichen kann.



Wie dieses moderne „Ei des Kolumbus“ zweckmäßig beantwortet werden kann, bedarf vielfältiger diplomatischer Anstrengungen. Ein Weg könnte mit dem Artikel 51 der VN-Charta beschritten werden. Dieser erlaubt bei einem erneuten Angriff die kollektive Selbstverteidigung gegen den Angreifer, bis der VN-Sicherheitsrat mit seinen Maßnahmen zur Beendigung des Krieges/Konflikts eingreift.

Alle Überlegungen der Koalition der Willigen in Paris konzentrierten sich auf die Verhinderung eines neuen Angriffs Russlands. Alle drei Themen mögen gesamtplanerisch und mit einer längerfristigen Perspektive durchaus berechtigt sein. Aber sie sind der dritte Schritt vor den ersten beiden. Und hier liegen die Dinge im Argen.

Erstens bombardiert Russland die gesamte Ukraine unaufhörlich und verfolgt Landgewinne am Boden – wenn auch mit geringem Geländegewinn. Das verlangt von den Unterstützern eher gestern als heute, aber in jedem Fall JETZT, die Streitkräfte der Ukraine und die zivile Verteidigung massiv zu unterstützen.

Drei Jahre lang, haben die Staaten die Produktion an Waffen und Material nicht in dem Umfang und nicht in der Schnelligkeit vergrößert, so dass die Ukraine spätestens ab 2023 einen Verbund ihrer Streitkräfte bilden und russische Angriffe abweisen, ja Gebiet zurückgewinnen konnte. Das heißt aber, dass die Streitkräfte jetzt schon verteidigungsfähig bleiben und werden müssen und nicht erst für eine irgendwie geartete Abschreckung nach einem Waffenstillstand.

Zweitens lehnt Russland einen Waffenstillstand oder Verhandlungen ab, die aus ihrer Sicht weniger sind als die Kapitulation der Ukraine. Das bedeutet, dass die Gesamtlage durch eigene Maßnahmen so verändert werden muss, dass eine Weiterführung seines Krieges für Putin und den Kreml zu hohe Risiken beinhaltet. Das verlangt neben der genannten militärischen Unterstützung wirtschaftliche und finanzielle Hilfe aller Art für die Ukraine, aber v.a. einen deutlich stärkeren Ansatz bei den Sanktionen. Dass Putin im vierten Jahr des Angriffskrieges in Staaten Europas noch immer erhebliche Milliarden mit Gas und Öl verdient, um die Ukraine zu unterwerfen, wird seine Bereitschaft einzulenken nicht erhöhen.

„Wir sind bereit“ kann also nur eine Chance haben, wenn Putin die Unwahrscheinlichkeit und zu hohe Kosten für eine Unterwerfung der Ukraine auf dem Gefechtsfeld und drastische Rückschläge in seiner Wirtschaftskraft erkennen und endlich substanzielle Verhandlungen einräumen muss. Darauf sollten sich die Ukraine und ihre Unterstützer konzentrieren. Andernfalls wird das Leiden in der Ukraine vergrößert und der Anreiz Putins gestärkt, seine Ziele mit brachialer Gewalt weiter zu verfolgen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen